

# Bundesgesetzblatt

265

Teil II

Z 1998 A

1978	Ausgegeben zu Bonn am 14. März 1978	Nr. 13
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
13. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst .....	266
15. 2. 78	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tschad über Technische Zusammenarbeit .....	266
20. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Vereinbarung über die Vorrechte und Befreiungen der Internationalen Atomenergie-Organisation .....	269
20. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen .....	269
20. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen .....	270
21. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954 .....	271
21. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 128 der Internationalen Arbeitsorganisation über Leistungen bei Invalidität und Alter und an Hinterbliebene .....	272
21. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 129 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft .....	272
21. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 135 der Internationalen Arbeitsorganisation über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb .....	273
21. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 136 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Schutz vor den durch Benzol verursachten Vergiftungsgefahren .....	273
21. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 138 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung ...	274
21. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 139 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Verhütung und Bekämpfung der durch krebserzeugende Stoffe und Einwirkungen verursachten Berufsgefahren .....	274
27. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 11 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter .....	275
27. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 17 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Entschädigung bei Betriebsunfällen .....	275
27. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 18 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten ...	276
27. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 19 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen .....	276
27. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 23 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Heimschaffung der Schiffsleute .....	277
27. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung .....	277
27. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 134 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Schutz der Seeleute gegen Arbeitsunfälle .....	278
28. 2. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 130 der Internationalen Arbeitsorganisation über ärztliche Betreuung und Krankengeld .....	279
28. 2. 78	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Kaiserlichen Regierung von Iran über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung .....	280
28. 2. 78	Bekanntmachung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und der Iranischen Atomenergieorganisation über Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Verwendung der Kernenergie ...	284

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft  
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst**

**Vom 13. Februar 1978**

Die in Paris am 24. Juli 1971 beschlossene Fassung der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (BGBl. 1973 II S. 1069) wird nach ihrem Artikel 28 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für die

Deutsche Demokratische  
Republik

am 18. Februar 1978

in Kraft treten.

Die Deutsche Demokratische Republik hat bei Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde eine Erklärung nach Artikel 33 Abs. 2 der Pariser Fassung der Übereinkunft abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Oktober 1977 (BGBl. II S. 1196).

Bonn, den 13. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Verbeek

Der Bundesminister  
für innerdeutsche Beziehungen  
In Vertretung  
Spangenberg

---

**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Tschad  
über Technische Zusammenarbeit**

**Vom 15. Februar 1978**

In N'Djamena (Fort Lamy) ist am 26. Februar 1970 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tschad über Technische Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 9 Abs. 1

am 26. Februar 1970

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Februar 1978

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Böll

## Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tschad über Technische Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Republik Tschad —

gestützt auf die zwischen beiden Staaten und ihren Völkern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen,

in dem Wunsche, diese Beziehungen zu vertiefen,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der Förderung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Staaten und

in Erkenntnis der Vorteile, die aus einer engeren Technischen Zusammenarbeit für beide Staaten erwachsen —

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

(1) Die beiden Vertragsparteien werden sich bemühen, als gleichberechtigte Partner in technischen Fragen zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen.

(2) Die Vertragsparteien können auf der Grundlage dieses Abkommens Übereinkünfte über einzelne Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit schließen.

### Artikel 2

Die Übereinkünfte nach Artikel 1 Absatz 2 können vorsehen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

1. Schulen, Lehrwerkstätten, Ausbildungsstätten und Musterbetriebe in der Republik Tschad errichtet, deutsche Lehrer und Fachkräfte entsendet und Ausrüstungsgegenstände bereitstellt;
2. Gutachter mit Studien für einzelne Vorhaben betraut;
3. Sachverständige für besondere Aufgaben nach der Republik Tschad entsendet und ihre Berufsausrüstung stellt;
4. der Regierung der Republik Tschad Berater zur Verfügung stellt.

### Artikel 3

Auf Grund von Übereinkünften nach Artikel 1 Absatz 2 wird sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bemühen,

1. tschadischen Studenten Stipendien für deutsche technische Lehranstalten zu vermitteln;
2. tschadische Praktikanten an deutschen Fachschulen und in deutschen Betrieben auszubilden;
3. tschadische Lehrer und Fachkräfte in der Bundesrepublik Deutschland auszubilden oder fortzubilden.

### Artikel 4

Die Regierung der Republik Tschad

1. stellt für die Vorhaben in der Republik Tschad die erforderlichen Grundstücke und Gebäude zur Verfügung und richtet diese ein, soweit nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Einrichtung liefert;
2. trägt die Kosten der Miete und Instandhaltung angemessener möblierter Wohnungen für die deutschen Fachkräfte und ihre Familien oder stellt solche Wohnungen zur Verfügung. Bis zur Bezugsfähigkeit einer solchen Wohnung übernimmt die Regierung der Republik Tschad die Hälfte der Kosten für Übernachtung und Vollpension in einem angemessenen Hotel;
3. befreit die im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferten Gegenstände von Hafenabgaben, Ein- und Ausfuhrabgaben und sonstigen öffentlichen Abgaben;
4. übernimmt die Entladekosten sowie die in der Republik Tschad anfallenden Kosten der Beförderung und Versicherung der von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die einzelnen Vorhaben gelieferten Gegenstände;
5. trägt die Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Vorhaben;
6. trägt die Kosten für Dienstreisen der deutschen Fachkräfte in der Republik Tschad oder zahlt ihnen neben den Fahrt- und Gepäckkosten ein angemessenes Tagelohn;
7. stellt das jeweils erforderliche tschadische Fach- und Hilfspersonal auf ihre Kosten zur Verfügung;
8. sorgt dafür, daß die deutschen Fachkräfte nach angemessener Zeit durch geeignete tschadische Fachkräfte ersetzt werden. Soweit diese Fachkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet werden, benennt sie rechtzeitig genügend Bewerber für diese Ausbildung. Sie benennt nur solche Bewerber, die sich ihr gegenüber verpflichtet haben, nach ihrer Rückkehr für mindestens fünf Jahre an dem jeweiligen Vorhaben zu arbeiten. Sie wird für deren angemessene Bezahlung sorgen.

### Artikel 5

Die Regierung der Republik Tschad

1. gewährt den deutschen Fachkräften, ihren Familienangehörigen und sonstigen zum Hausstand gehörenden Personen jederzeit abgabenfrei die Ein- und Ausreise und die notwendigen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen;
2. erhebt auf die von deutscher Seite gezahlten Bezüge der deutschen Fachkräfte keine Steuern und sonstigen fiskalischen Abgaben;

3. gestattet den deutschen Fachkräften, ihren Familienangehörigen und sonstigen zum Hausstand gehörenden Personen für die Dauer ihres Aufenthalts die vorübergehende abgaben- und kautionsfreie Einfuhr der zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmten Gegenstände; dazu gehören auch je Haushalt ein Kraftfahrzeug, ein Kühlschrank und eine Tiefkühltruhe, ein Rundfunkgerät, ein Plattenspielgerät, ein Tonbandgerät, ein Fernsehgerät, kleinere Elektrogeräte sowie je Person ein Klimagerät und eine Photo- und Kinoausstattung (ein Gerät). Über diese Gegenstände kann im Zollgebiet nicht ohne vorherige Entrichtung der Steuern und sonstigen Abgaben, von deren Zahlung sie bei der Einfuhr befreit waren, verfügt werden;
4. gestattet den deutschen Fachkräften und ihren Familienangehörigen die abgabenfreie Einfuhr von Medikamenten, Lebensmitteln, Getränken und anderen Artikeln des täglichen Verbrauchs im Rahmen ihres persönlichen Bedarfs;
5. stellt den deutschen Fachkräften einen Ausweis aus, in dem ihnen die Unterstützung der staatlichen Dienststellen für ihre Aufgaben zugesagt wird.

#### Artikel 6

(1) Für Schäden, die eine deutsche Fachkraft im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihr nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe einem Dritten zufügt, haftet an ihrer Stelle die Republik Tschad. Jede Inanspruchnahme der deutschen Fachkraft ist insoweit ausgeschlossen.

(2) Ein Erstattungsanspruch, auf welcher Rechtsgrundlage er auch beruht, kann von der Republik Tschad gegen die deutsche Fachkraft nur im Falle von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit geltend gemacht werden.

#### Artikel 7

Dieses Abkommen wird auch auf die deutschen Fachkräfte angewendet, die bei seinem Inkrafttreten bereits im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tschad tätig sind.

#### Artikel 8

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Tschad innerhalb von drei Monaten nach seinem Inkrafttreten eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 9

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren.

(2) Das Abkommen verlängert sich stillschweigend jeweils um ein Jahr, es sei denn, daß eine der beiden Vertragsparteien es drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitabschnitts schriftlich kündigt.

(3) Auch nach Ablauf dieses Abkommens gelten seine Bestimmungen für die bereits begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit bis zu ihren Abschluß weiter.

GESCHEHEN zu Fort Lamy am 26. Februar 1970 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Metternich

Für die Regierung der Republik Tschad  
Diguimbaye

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Vereinbarung  
über die Vorrechte und Befreiungen  
der Internationalen Atomenergie-Organisation**

**Vom 20. Februar 1978**

Die Vereinbarung vom 1. Juli 1959 über die Vorrechte und Befreiungen der Internationalen Atomenergie-Organisation (BGBl. 1960 II S. 1993) ist nach ihrem Artikel XII § 38 für

Nicaragua am 17. Oktober 1977  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Mai 1975 (BGBl. II S. 913).

Bonn, den 20. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Abkommens  
über strafbare und bestimmte andere an Bord  
von Luftfahrzeugen begangene Handlungen**

**Vom 20. Februar 1978**

Das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen (BGBl. 1969 II S. 121) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für

Afghanistan	am	14. Juli 1977
Indonesien	am	6. Dezember 1976
Iran	am	29. September 1976
Mauretanien	am	28. September 1977
Oman	am	10. April 1977
Uruguay	am	26. April 1977

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. September 1976 (BGBl. II S. 1674).

Bonn, den 20. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens  
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

**Vom 20. Februar 1978**

Die Regierung Italiens hat am 29. August 1977 unter Bezugnahme auf die anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu dem Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) von Italien abgegebene Erklärung gegenüber dem Generalsekretär des Europarats folgende Erklärung abgegeben:

(Traduction)

Le Gouvernement italien, faisant suite à la déclaration effectuée le 23 août 1961 à l'occasion du dépôt de l'instrument de ratification de la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale, ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe le 20 avril 1959, et se référant à l'article 24 de la Convention, tout en confirmant entièrement la précédente déclaration, déclare que doivent être considérées en tant que «autorités judiciaires italiennes», en complément de celles déjà indiquées par la déclaration précédente, les autorités suivantes:

- la Cour Constitutionnelle
- la Commission Parlementaire d'enquête.

Le Gouvernement italien précise, à ce sujet, que les deux instances susindiquées ont acquis leurs entières compétences judiciaires à une date postérieure à celle du dépôt, de la part de l'Italie, de l'instrument de ratification de la Convention.

La Cour Constitutionnelle a en effet établi les normes complémentaires pour l'exercice de sa compétence en la matière des jugements d'accusation, conformément à l'art. 134 de la Constitution, par règlement du 27/11/1962, publié dans la «Gazzetta Ufficiale» (Journal Officiel de la République italienne) n° 320 du 15 décembre 1962.

A son tour, la compétence juridictionnelle de la Commission Parlementaire d'enquête a été définie par la Loi n° 20 du 25 janvier 1962 portant sur les «normes des procès et des jugements d'accusation».

(Übersetzung)

Im Anschluß an die am 23. August 1961 bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu dem am 20. April 1959 für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung aufgelegten Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen abgegebene Erklärung und unter Bezugnahme auf Artikel 24 des Übereinkommens erklärt die italienische Regierung, indem sie die genannte Erklärung in vollem Umfang bestätigt, daß zusätzlich zu den bereits darin aufgeführten Behörden folgende Behörden als „italienische Justizbehörden“ zu betrachten sind:

- der Verfassungsgerichtshof
- die Parlamentarische Untersuchungskommission.

Die italienische Regierung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß diese beiden Instanzen ihre volle gerichtliche Zuständigkeit zu einem späteren Zeitpunkt als dem der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu dem Übereinkommen durch Italien erlangt haben.

Der Verfassungsgerichtshof hat nämlich die ergänzenden Vorschriften über die Ausübung seiner Zuständigkeit hinsichtlich der Strafverfolgung gemäß Artikel 134 der Verfassung durch Verordnung vom 27.11.1962 festgesetzt, die in Nr. 320 der „Gazzetta Ufficiale“ (Amtsblatt der Italienischen Republik) vom 15. Dezember 1962 veröffentlicht worden ist.

Die gerichtliche Zuständigkeit der Parlamentarischen Untersuchungskommission ist hingegen durch das Gesetz Nr. 20 vom 25. Januar 1962 über die „Verfahrens- und Strafverfolgungsvorschriften“ begründet worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. November 1976 (BGBl. II S. 1799) und vom 9. Februar 1977 (BGBl. II S. 250).

Bonn, den 20. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens  
zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954**

**Vom 21. Februar 1978**

Das Internationale Übereinkommen vom 12. Mai 1954 zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl (BGBl. 1956 II S. 379) mit seinen Änderungen vom 11. April 1962 (BGBl. 1964 II S. 749) ist nach seinem Artikel XV Abs. 2 Buchstabe a Satz 2 für

Chile am 2. November 1977  
in Kraft getreten.

Chile hat bei Hinterlegung der Annahmeerkunde folgenden Vorbehalt eingelegt:

*(Translation)*

*(Übersetzung)*

"... with reservation concerning Article VIII, in the sense that, although Chile will require from port authorities, oil loading terminals or private contractors to provide adequate disposal facilities, it shall not be obliged to build, operate or maintain facilities at coastal places or in Chilean jurisdictional waters where such facilities may be deemed inadequate, or to assume any financial obligation to assist in those activities."

"... mit dem Vorbehalt zu Artikel VIII, daß Chile zwar von Hafenbehörden, Ölladeplätzen und privaten Unternehmen die Erstellung angemessener Anlagen zur Aufnahme von Ölrückständen verlangen wird, aber weder verpflichtet ist, derartige Anlagen an Küstenorten oder in chilenischen Hoheitsgewässern, wo die Anlagen möglicherweise als unzulänglich angesehen werden, zu errichten, zu betreiben oder zu unterhalten, noch verpflichtet ist, hierbei finanzielle Hilfe zu gewähren."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Oktober 1977 (BGBl. II S. 1179).

Bonn, den 21. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 128**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über Leistungen bei Invalidität und Alter und an Hinterbliebene**

**Vom 21. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 128 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Juni 1967 über Leistungen bei Invalidität und Alter und an Hinterbliebene (BGBl. 1970 II S. 813) ist nach seinem Artikel 48 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 2 für

Bolivien am 31. Januar 1978  
— für die Teile II, III  
und IV —

in Kraft getreten.

Nach Artikel 4 Abs. 1 des Übereinkommens hat Bolivien die in Artikel 9 Abs. 2, Artikel 13 Abs. 2, Artikel 16 Abs. 2 und Artikel 22 Abs. 2 vorgesehenen zeitweiligen Ausnahmen für sich in Anspruch genommen und nach Artikel 38 Abs. 1 Arbeitnehmer in landwirtschaftlichen Berufen vorübergehend vom Geltungsbereich des Übereinkommens ausgenommen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Dezember 1976 (BGBl. 1977 II S. 14).

Bonn, den 21. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 129**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft**

**Vom 21. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 129 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1969 über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft (BGBl. 1973 II S. 940) ist nach seinem Artikel 29 Abs. 3 für

Bolivien am 31. Januar 1978

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Dezember 1976 (BGBl. 1977 II S. 15).

Bonn, den 21. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek



**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 135**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb**  
**Vom 21. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 135 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1971 über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb (BGBl. 1973 II S. 953) wird nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Barbados	am	25. April 1978
Guinea	am	26. Mai 1978
Polen	am	9. Juni 1978

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Oktober 1977 (BGBl. II S. 1170).

Bonn, den 21. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 136**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über den Schutz vor den durch Benzol verursachten Vergiftungsgefahren**  
**Vom 21. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 136 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1971 über den Schutz vor den durch Benzol verursachten Vergiftungsgefahren (BGBl. 1973 II S. 958) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für

Bolivien	am	31. Januar 1978
Griechenland	am	24. Januar 1978
Syrien	am	7. Februar 1978

in Kraft getreten und wird in Kraft treten für

Guinea	am	26. Mai 1978
Uruguay	am	2. Juni 1978

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Mai 1977 (BGBl. II S. 462).

Bonn, den 21. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 138**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung**  
**Vom 21. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 138 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (BGBl. 1976 II S. 201) wird nach seinem Artikel 12 Abs. 3 für

Luxemburg	am	24. März 1978
Spanien	am	16. Mai 1978
Uruguay	am	2. Juni 1978

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Februar 1977 (BGBl. II S. 211).

Bonn, den 21. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 139**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über die Verhütung und Bekämpfung der durch krebserzeugende Stoffe**  
**und Einwirkungen verursachten Berufsgefahren**  
**Vom 21. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 139 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Juni 1974 über die Verhütung und Bekämpfung der durch krebserzeugende Stoffe und Einwirkungen verursachten Berufsgefahren (BGBl. 1976 II S. 577) wird nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Finnland	am	4. Mai 1978
Norwegen	am	14. Juni 1978

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. September 1976 (BGBl. II S. 1680).

Bonn, den 21. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 11**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter**  
**Vom 27. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 11 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 12. November 1921 über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter (RGBI. 1925 II S. 171) ist nach seinem Artikel 3 Abs. 3 für

Mosambik am 6. Juni 1977  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. März 1977 (BGBl. II S. 273).

Bonn, den 27. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 17**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über die Entschädigung bei Betriebsunfällen**  
**Vom 27. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 17 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juni 1925 über die Entschädigung bei Betriebsunfällen (BGBl. 1955 II S. 93) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 3 für

Libanon am 1. Juni 1977  
Mosambik am 6. Juni 1977  
in Kraft getreten.

Guinea-Bissau hat am 21. Februar 1977 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen, dessen Anwendung durch Portugal auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war, gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1976 (BGBl. II S. 1990).

Bonn, den 27. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 18**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten**

Vom 27. Februar 1978

Das Übereinkommen Nr. 18 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juni 1925 über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten (RGBI. 1928 II S. 509) ist nach seinem Artikel 4 Abs. 3 für

Mosambik am 6. Juni 1977  
in Kraft getreten.

Guinea-Bissau hat am 21. Februar 1977 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen, dessen Anwendung durch Portugal auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war, gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1976 (BGBl. II S. 1990).

Bonn, den 27. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 19**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer**  
**bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen**

Vom 27. Februar 1978

Das Übereinkommen Nr. 19 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 5. Juni 1925 über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen (RGBI. 1928 II S. 509) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für

Libanon am 1. Juni 1977  
in Kraft getreten.

Guinea-Bissau hat am 21. Februar 1977 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen, dessen Anwendung durch Portugal auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war, gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1976 (BGBl. II S. 1991).

Bonn, den 27. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 23  
der Internationalen Arbeitsorganisation  
über die Heimschaffung der Schiffsleute**

**Vom 27. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 23 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1926 über die Heimschaffung der Schiffsleute (RGBl. 1930 II S. 12) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Liberia am 21. Juni 1977  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. April 1977 (BGBl. II S. 438).

Bonn, den 27. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 88  
der Internationalen Arbeitsorganisation  
über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung**

**Vom 27. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948 über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung (BGBl. 1954 II S. 448) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für

Bolivien am 31. Januar 1978  
in Kraft getreten und wird in Kraft treten für

Libanon am 1. Juni 1978  
Mosambik am 6. Juni 1978

Guinea-Bissau hat am 21. Februar 1977 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen, dessen Anwendung durch Portugal auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war, gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. November 1976 (BGBl. II S. 1957).

Bonn, den 27. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 134**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über den Schutz der Seeleute gegen Arbeitsunfälle**  
**Vom 27. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 134 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 30. Oktober 1970 über den Schutz der Seeleute gegen Arbeitsunfälle (BGBl. 1974 II S. 900) wird nach seinem Artikel 12 Abs. 3 für

Griechenland	am 8. Juni 1978
Guinea	am 26. Mai 1978
Neuseeland	am 31. Mai 1978
Uruguay	am 2. Juni 1978

in Kraft treten.

Neuseeland hat am 31. Mai 1978 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes notifiziert, daß das Übereinkommen auf die Tokelau-Inseln keine Anwendung fände.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Dezember 1976 (BGBl. 1977 II S. 14).

Bonn, den 27. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 130**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über ärztliche Betreuung und Krankengeld**  
**Vom 28. Februar 1978**

Das Übereinkommen Nr. 130 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1969 über ärztliche Betreuung und Krankengeld (BGBl. 1974 II S. 705) ist nach seinem Artikel 39 Abs. 3 für

Bolivien am 31. Januar 1978  
in Kraft getreten.

Die bolivianische Regierung hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde nachstehende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

Pursuant to Article 2, paragraph 1, of the Convention, the Government has availed itself of the temporary exceptions provided for Article 1, subparagraph (g), clause (i); Article 11; Article 14; Article 20. Pursuant to Article 3, paragraph 1, of the Convention, the Government has temporarily excluded the employees in the sector comprising agricultural occupations from the application of this Convention.

Nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens hat die Regierung die in Artikel 1 Buchstabe g Ziffer i, Artikel 11, Artikel 14 und Artikel 20 vorgesehenen vorübergehenden Ausnahmen für sich in Anspruch genommen. Nach Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens hat die Regierung die Arbeitnehmer im Bereich der landwirtschaftlichen Berufe vorübergehend vom Geltungsbereich dieses Übereinkommens ausgeschlossen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Dezember 1976 (BGBl. 1977 II S. 15).

Bonn, den 28. Februar 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Kaiserlichen Regierung von Iran  
über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung  
und technologischen Entwicklung**

**Vom 28. Februar 1978**

In Teheran ist am 30. Juni 1975 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Kaiserlichen Regierung von Iran über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 11 Abs. 1

am 21. November 1977

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Februar 1978

Der Bundesminister  
für Forschung und Technologie  
In Vertretung  
Haunschild



# Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Kaiserlichen Regierung von Iran über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Kaiserliche Regierung von Iran —

in dem Wunsch, die zwischen ihnen bestehenden engen und freundschaftlichen Beziehungen weiter zu fördern,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses, durch die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und der technologischen Entwicklung die Lebensverhältnisse in jedem der beiden Länder zu verbessern,

in Erkenntnis der Vorteile, die beiden Staaten aus einer engen Zusammenarbeit bei der Verfolgung dieses Zieles erwachsen können —

sind wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien fördern die Zusammenarbeit zwischen ihren beiden Staaten in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung.

(2) Beide Vertragsparteien bestimmen gemeinsam die Gebiete, auf denen die Zusammenarbeit in erster Linie gefördert werden soll.

(3) Inhalt, Umfang und Durchführung der Zusammenarbeit im Einzelfall bleiben besonderen Abkommen vorbehalten, die zwischen den beiden Vertragsparteien oder den von ihnen bezeichneten Stellen geschlossen werden.

(4) Die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie wird im Rahmen des hierüber zu schließenden besonderen Abkommens zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie und der Iranischen Atomenergieorganisation gefördert.

## Artikel 2

(1) Die Zusammenarbeit kann gefördert werden durch

- a) Austausch von Informationen,
- b) Austausch von Wissenschaftlern und anderem Forschungs- und technischen Personal,
- c) Sachverständigentreffen und andere gemeinsame Veranstaltungen,
- d) Übernahme oder Vermittlung von Beratungs- und anderen Leistungen,
- e) Durchführung gemeinsamer oder koordinierter Forschungs- oder Entwicklungsvorhaben.

(2) Die Vertragsparteien erleichtern die Zusammenarbeit in dem ihnen möglichen Ausmaß durch die Bereitstellung von Material und Ausrüstungen.

(3) Die Aufteilung der Kosten für die Maßnahmen der Zusammenarbeit wird in den nach Artikel 1 Absatz 3 zu schließenden besonderen Abkommen geregelt.

## Artikel 3

Um die Durchführung dieses Abkommens und der nach Artikel 1 Absatz 3 zu schließenden besonderen Abkommen zu fördern, treffen Vertreter der Vertragsparteien regelmäßig zusammen, um sich gegenseitig über den Fortgang der Arbeiten von gemeinsamem Interesse zu unterrichten und die gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen zu beraten. Zur Erörterung von Einzelfragen können Sachverständigengruppen eingesetzt werden.

## Artikel 4

(1) Der Austausch von Informationen kann zwischen den Vertragsparteien selbst oder den von diesen bezeichneten Stellen, insbesondere Forschungsinstituten, Fachdokumentationsstellen und Fachbibliotheken stattfinden.

(2) Die Vertragsparteien oder die von ihnen bezeichneten Stellen dürfen die erhaltenen Informationen an öffentliche Einrichtungen oder an von der öffentlichen Hand getragene, gemeinnützige Einrichtungen oder Unternehmen weitergeben. Die Weitergabe an diese oder an andere Stellen oder Personen ist ausgeschlossen oder beschränkt, wenn die andere Vertragspartei oder die von ihr bezeichneten Stellen dies vor oder bei dem Austausch bestimmen.

(3) Jede Vertragspartei stellt sicher, daß die nach diesem Abkommen oder den zu seiner Durchführung geschlossenen besonderen Abkommen berechtigten Empfänger von Informationen diese nicht an Stellen oder Personen weitergeben, die nach diesem Abkommen oder den nach Artikel 1 Absatz 3 zu schließenden besonderen Abkommen nicht zum Empfang der Informationen befugt sind.

## Artikel 5

(1) Dieses Abkommen gilt nicht für

- a) Informationen, die auf Grund von Rechten Dritter oder auf Grund von Vereinbarungen mit Dritten nicht mitgeteilt werden dürfen;
- b) Informationen, die von einer Vertragspartei unter Geheimschutz gestellt sind, es sei denn, die vorherige Zustimmung der zuständigen Behörden dieser Vertragspartei wird erteilt. Die Behandlung derartiger Informationen bleibt einer besonderen Vereinbarung vorbehalten, in der die Voraussetzungen und das Verfahren ihrer Weitergabe geregelt werden.

(2) Die Mitteilung wirtschaftlich verwertbarer Informationen erfolgt jeweils auf Grund besonderer Vereinbarungen, die auch die Bedingungen der Weitergabe regeln.

(3) In den nach Artikel 1 Absatz 3 zu schließenden besonderen Abkommen wird festgelegt, wem die sich aus der gemeinsamen Forschung und Entwicklung ergebenden wirtschaftlich verwertbaren Informationen zustehen.

## Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, die Partner der Zusammenarbeit zu veranlassen, einander soweit wie möglich den Grad der Zuverlässigkeit und Anwendbarkeit der ausgetauschten Informationen oder des bereitgestellten Materials und der bereitgestellten Ausrüstungen anzuzeigen. Eine Beteiligung der Vertragsparteien an der Übermittlung von Informationen im Rahmen dieser Zusammenarbeit begründet an sich keine Haftung der Vertragsparteien.

(2) Die nach Artikel 1 Absatz 3 zu schließenden besonderen Abkommen regeln gegebenenfalls insbesondere die Haftung für Schäden, die den Vertragsparteien oder Dritten im Zusammenhang mit der Durchführung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens entstehen.

## Artikel 7

Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsstellung des auf Grund dieses Abkommens ausgetauschten Personals werden so günstig wie möglich behandelt.

## Artikel 8

Dieses Abkommen wird nach Maßgabe der in jedem der beiden Länder geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften angewandt. Internationale Verpflichtungen der Vertragsparteien bleiben unberührt.

## Artikel 9

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch gegenseitige Konsultationen zwischen den beiden Vertragsparteien beigelegt,

sofern in den zur Durchführung dieses Abkommens zu schließenden besonderen Abkommen nichts anderes bestimmt wird.

## Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Kaiserlichen Regierung von Iran innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

## Artikel 11

(1) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald beide Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren und verlängert sich danach um jeweils zwei weitere Jahre, wenn dies nicht durch Mitteilung einer der Vertragsparteien jeweils zwölf Monate vor Ablauf ausgeschlossen wird. Die Laufzeit der nach Artikel 1 Absatz 3 zu schließenden besonderen Abkommen bleibt vom Außerkrafttreten dieses Abkommens unberührt. Nach Beendigung der Laufzeit dieses Abkommens gelten seine Bestimmungen für den Zeitraum und in dem Umfang fort, wie es für die Sicherstellung der Durchführung der nach Artikel 1 Absatz 3 zu schließenden besonderen Abkommen erforderlich ist, die sich zu diesem Zeitpunkt noch in Durchführung befinden.

(3) Änderungen dieses Abkommens werden zwischen den Vertragsparteien vereinbart und treten durch den Austausch diplomatischer Noten in Kraft.

GESCHEHEN zu Teheran am 30. Juni 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher, persischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Hans-Georg Wieck  
Hans-Hilger Haunschild

Für die Kaiserliche Regierung von Iran

M. G. Nava'i

Teheran, den 30. Juni 1975

Teheran, den 30. Juni 1975

Exzellenz,

ich beehre mich, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Kaiserlichen Regierung von Iran über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung zu erklären:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird sich im Rahmen der geltenden innerstaatlichen Vorschriften darum bemühen, daß das auf Grund der besonderen Abkommen nach Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens ein- oder ausgeführte technische und wissenschaftliche Material soweit wie möglich von Zöllen und sonstigen bei der Ein- oder Ausfuhr zu erhebenden Abgaben befreit wird.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Hans-Georg Wieck  
Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Seiner Exzellenz  
Herrn Morteza Ghadimi Navai  
Staatssekretär für kulturelle und soziale Angelegenheiten  
Kaiserlich Iranisches Außenministerium  
Teheran

Exzellenz,

ich beehre mich, im Namen der Kaiserlichen Regierung von Iran im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Kaiserlichen Regierung von Iran und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung zu erklären:

Die Kaiserliche Regierung von Iran wird sich im Rahmen der geltenden innerstaatlichen Vorschriften darum bemühen, daß das auf Grund der besonderen Abkommen nach Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens ein- oder ausgeführte technische und wissenschaftliche Material soweit wie möglich von Zöllen und sonstigen bei der Ein- oder Ausfuhr zu erhebenden Abgaben befreit wird.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Morteza Ghadimi Navai  
Staatssekretär  
für kulturelle und soziale Angelegenheiten  
Kaiserlich Iranisches Außenministerium

Seiner Exzellenz  
Herrn Dr. Hans-Georg Wieck  
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland  
Teheran

**Bekanntmachung**  
**des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie**  
**der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Iranischen Atomenergieorganisation**  
**über Zusammenarbeit auf den Gebieten**  
**der friedlichen Verwendung der Kernenergie**

**Vom 28. Februar 1978**

In Teheran ist am 4. Juli 1976 ein Abkommen zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und der Iranischen Atomenergieorganisation über Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Verwendung der Kernenergie unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 12 Abs. 1

am 21. November 1977

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Februar 1978

Der Bundesminister  
für Forschung und Technologie  
In Vertretung  
Haunschild

# Abkommen zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und der Iranischen Atomenergieorganisation über Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Verwendung der Kernenergie

## Die Vertragsparteien —

in dem Wunsch, die Durchführung des am 30. Juni 1975 in Teheran unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Kaiserlichen Regierung von Iran über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung nach dessen Artikel 1 Absatz 4 zu fördern,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der Entwicklung der friedlichen Verwendung der Kernenergie,

in Erkenntnis der Vorteile, die sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie auch Iran aus einer engen Zusammenarbeit bei der Ausbildung und Forschung sowie der technologischen, industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung auf diesen Gebieten erwachsen können —

sind wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien fördern die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Iran bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie, insbesondere in folgenden Bereichen:

- a) wissenschaftliche und technologische Forschung und Entwicklung,
- b) Planung, Errichtung und Betrieb von Kernkraftwerken, sonstigen kerntechnischen Anlagen und Forschungseinrichtungen,
- c) Ausbildung und Schulung wissenschaftlichen und technischen Personals,
- d) Kernkrafttechnologie,
- e) Sicherheit von Kernanlagen und Strahlenschutz,
- f) Brennstoffkreislauf,
- g) Anwendung der Kernenergie für andere Zwecke als die Elektrizitätserzeugung,
- h) Herstellung und Anwendung von Radioisotopen.

(2) Inhalt, Umfang und Durchführung der Zusammenarbeit im Einzelfall bleiben Sondervereinbarungen vorbehalten, die zwischen den Vertragsparteien oder anderen öffentlichen oder privaten Stellen im Einklang mit diesem Abkommen geschlossen werden.

## Artikel 2

(1) Die Zusammenarbeit wird gefördert durch

- a) Austausch von Informationen,
- b) Austausch von wissenschaftlichem und technischem Personal,
- c) Sachverständigentreffen und andere gemeinsame Aktivitäten,
- d) Übernahme oder Vermittlung von Beratungs- und anderen Leistungen,

e) Durchführung gemeinsamer oder koordinierter Forschungs-, Entwicklungs- und sonstiger kerntechnischer Vorhaben.

(2) Die Vertragsparteien erleichtern die Zusammenarbeit in dem ihnen möglichen Ausmaß durch die Bereitstellung des erforderlichen Materials und der erforderlichen Ausrüstungen.

(3) Die Aufteilung der Kosten für die Maßnahmen der Zusammenarbeit wird in den nach Artikel 1 Absatz 2 zu schließenden Sondervereinbarungen geregelt.

## Artikel 3

Um die Durchführung dieses Abkommens und der nach Artikel 1 Absatz 2 zu schließenden Sondervereinbarungen zu fördern, treffen Vertreter der Vertragsparteien nach Bedarf und Vereinbarung zusammen, um sich gegenseitig über den Fortgang der Arbeiten von gemeinsamem Interesse zu unterrichten und die gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen zu beraten. Zur Erörterung von Einzelfragen können Sachverständigengruppen eingesetzt werden.

## Artikel 4

(1) Der Austausch von Informationen findet zwischen den Vertragsparteien selbst oder den von ihnen bezeichneten Stellen, insbesondere Forschungsinstituten, Fachdokumentationsstellen und Fachbibliotheken statt.

(2) Der Informationsaustausch erfolgt auf verschiedenen Wegen einschließlich Berichten, Konferenzen und Besuchen von Anlagen; er umfaßt Informationen auf folgenden Gebieten:

- a) Entwicklung, Planung, Errichtung, Betrieb und Verwendung von Forschungs-, Materialerprobungs-, Versuchs-, Demonstrations- und Kraftreaktoren sowie Reaktorversuche,
- b) Verwendung radioaktiver Isotope, von Ausgangsmaterial, besonderem spaltbaren Material und sonstigem Material in der physikalischen, metallurgischen, chemischen und biologischen Forschung, Medizin, Landwirtschaft und Industrie,
- c) damit zusammenhängende Probleme des Strahlenschutzes und der Sicherheit.

(3) Die Vertragsparteien oder die von ihnen bezeichneten Stellen dürfen die erhaltenen Informationen an öffentliche Einrichtungen oder an von der öffentlichen Hand getragene, gemeinnützige Einrichtungen oder Unternehmen weitergeben. Die Weitergabe an diese oder an andere Stellen oder Personen ist ausgeschlossen oder beschränkt, wenn die andere Vertragspartei oder die von ihr bezeichneten Stellen dies vor oder bei dem Austausch bestimmen.

(4) Jede Vertragspartei stellt sicher, daß die nach diesem Abkommen oder den zu seiner Durchführung zu schließenden Sondervereinbarungen berechtigten Empfänger von Informationen diese nicht an Stellen oder Per-

sonen weitergeben, die nach diesem Abkommen oder den nach Artikel 1 Absatz 2 zu schließenden Sondervereinbarungen nicht zum Empfang der Informationen befugt sind.

#### Artikel 5

(1) Dieses Abkommen gilt nicht für

- a) Informationen, die auf Grund von Rechten Dritter oder auf Grund von Vereinbarungen mit Dritten nicht mitgeteilt werden dürfen; dies gilt nicht für Informationen, die auf Grund der nach Artikel 1 Absatz 2 geschlossenen Sondervereinbarungen mitgeteilt werden;
- b) von den Regierungen unter Geheimschutz gestellte Informationen, es sei denn, die vorherige Zustimmung der zuständigen Behörden des betreffenden Landes wird erteilt. Diese Zustimmung darf nicht unbegründet verweigert werden. Die Behandlung derartiger Informationen bleibt einer besonderen Vereinbarung vorbehalten, in der die Verfahren ihrer Weitergabe geregelt werden.

(2) Die Mitteilung wirtschaftlich verwertbarer Informationen erfolgt auf Grund von Sondervereinbarungen, die nach Artikel 1 Absatz 2 zu schließen sind.

(3) In den nach Artikel 1 Absatz 2 zu schließenden Sondervereinbarungen wird festgelegt, wem die sich aus der gemeinsamen Forschung und Entwicklung ergebenden wirtschaftlich verwertbaren Informationen zustehen.

#### Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, die Partner der Zusammenarbeit zu veranlassen, einander soweit wie möglich den Grad der Zuverlässigkeit und Anwendbarkeit der ausgetauschten Informationen oder des bereitgestellten Materials und der bereitgestellten Ausrüstungen anzuzeigen. Eine Beteiligung der Vertragsparteien an der Übermittlung von Informationen im Rahmen jener Zusammenarbeit begründet an sich keine Haftung der Vertragsparteien.

(2) Die nach Artikel 1 Absatz 2 zu schließenden Sondervereinbarungen regeln gegebenenfalls insbesondere die Haftung für Schäden, die den Vertragsparteien oder Dritten im Zusammenhang mit der Durchführung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens entstehen.

#### Artikel 7

(1) Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsstellung des auf Grund dieses Abkommens ausgetauschten Personals werden so günstig wie möglich behandelt.

(2) Auf Antrag eines Ausführers bzw. Einführers werden im Einklang mit den im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften Aus- und Einfuhrgenehmigungen für Material, Ausrüstungen und Technologie, die für die Durchführung dieses Abkommens oder der Sondervereinbarungen nach Artikel 1 Absatz 2 oder der auf Grund dieser Vereinbarungen geschlossenen Verträge erforderlich sind, ausgestellt.

(3) Die Lieferung oder Weitergabe, insbesondere von Kernmaterial und Ausrüstungen, unterliegt in bezug auf das Hoheitsgebiet der empfangenden Vertragspartei dem bestehenden Abkommen über Sicherungsmaßnahmen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) nach Maßgabe des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Diese Sicherungsmaßnahmen sind anzuwenden, solange sich das Ausgangs- und besondere spaltbare Material sowie die eigens für die Herstellung, Anwendung und Verarbeitung von besonderem spaltbaren Material vorgesehenen Ausrüstungen und das da-

für vorgesehene Material, die aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weitergegeben werden, oder das mittels dieses weitergegebenen Materials und dieser weitergegebenen Ausrüstungen hergestellte, verwendete oder verarbeitete Ausgangs- oder besondere spaltbare Material im Hoheitsgebiet der empfangenden Vertragspartei befinden.

(4) Kernmaterial und Ausrüstungen, die vom Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das der anderen Vertragspartei weitergegeben wurden, oder das Kernmaterial und die Ausrüstungen, die mittels dieses weitergegebenen Materials und dieser weitergegebenen Ausrüstungen gewonnen oder hergestellt wurden, dürfen an Drittländer, die am 1. Januar 1967 Nichtkernwaffenstaaten waren, nur weitergegeben werden, wenn mit dem Empfangsstaat ein Abkommen über die in Artikel 7 Absatz 3 genannten Sicherungsmaßnahmen geschlossen wurde.

#### Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen für den physischen Schutz des Kernmaterials, der Ausrüstungen und Anlagen in ihrem Hoheitsgebiet und während des Transports zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien und in Drittländer.

(2) Durch diese Maßnahmen sollen Gefahren, die sich aus Unfällen sowie unsachgemäßer Benutzung und Behandlung ergeben, soweit wie möglich vermieden werden.

(3) Soweit die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, wenden sie auf Material und Ausrüstungen, die auf Grund dieses Abkommens weitergegeben oder hergestellt werden, die in Dokument INFCIRC/225 der IAEO sowie in Vorschriften oder Empfehlungen der IAEO zur Ergänzung, Änderung oder Ersetzung des genannten Dokuments niedergelegten Normen an. Die Vertragsparteien tauschen ihre Erfahrungen hinsichtlich der Anwendung dieser Normen aus.

#### Artikel 9

Dieses Abkommen wird nach Maßgabe der in jedem der beiden Länder geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften angewandt. Die bestehenden internationalen Verpflichtungen der Regierungen der Vertragsparteien bleiben unberührt.

#### Artikel 10

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch gegenseitige Konsultation im Einklang mit dem Völkerrecht zwischen den Vertragsparteien beigelegt, sofern in den nach Artikel 1 Absatz 2 zu schließenden Sondervereinbarungen nichts anderes bestimmt wird.

#### Artikel 11

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Kaiserlichen Regierung von Iran innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 12

(1) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünfzehn Jahren und verlängert sich danach um jeweils fünf weitere Jahre, wenn dies nicht durch Mitteilung einer Ver-

tragspartei jeweils zwölf Monate vor Ablauf ausgeschlossen wird. Die Laufzeit der nach Artikel 1 Absatz 2 zu schließenden Sondervereinbarungen bleibt vom Außerkrafttreten dieses Abkommens unberührt. Nach Beendigung der Laufzeit dieses Abkommens gelten seine Bestimmungen für den Zeitraum und in dem Umfang fort, wie es für die Durchführung einer nach Artikel 1 Absatz 2 geschlossenen Sondervereinbarung erforderlich ist.

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Weitergabe von Material, Ausrüstungen, Technologie und Informationen bleiben von dem Außerkrafttreten dieses Abkommens unberührt.

(3) Änderungen dieses Abkommens werden zwischen den Vertragsparteien vereinbart und treten durch Notenwechsel in Kraft.

**GESCHEHEN zu Teheran am 4. Juli 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher, persischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.**

Für den Bundesminister für Forschung und Technologie  
der Bundesrepublik Deutschland

**H. H. H a u n s c h i l d**

Für die Iranische Atomenergieorganisation

**A. E t e m a d**

---

## **Wichtiger Hinweis für die Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II**

Das **Bundesgesetzblatt Teil II** wird Ihnen zur Zeit im Rahmen des Postzeitungsdienstes geliefert. Dabei leistet die Post auch sogenannte „Besondere Dienste“; sie beanschriftet und verpackt das Bundesgesetzblatt und zieht die Abonnementsgebühren ein.

Die „Besonderen Dienste“ werden mit Ablauf des 31. 12. 1978 eingestellt. Wir haben uns entschlossen, schon vor diesem Zeitpunkt diese Dienste nicht mehr in Anspruch zu nehmen.

Ab 1. 4. 1978 werden wir das Bundesgesetzblatt Teil II selbst beschriften und verpacken; außerdem werden die Abonnementsgebühren für das zweite Halbjahr 1978 durch uns eingezogen.

**Um sicherzustellen, daß Sie auch künftig reibungslos beliefert werden, ist es erforderlich, daß Sie umgehend Ihre Lieferanschrift mitteilen und angeben, wie die Abonnementsgebühren eingezogen werden sollen.**

Benutzen Sie bitte dafür den dem Bundesgesetzblatt Teil II, Nr. 6 vom 4. Februar 1978 beige-fügten Formularsatz, der aus 3 Blatt und jeweils einer Kopie für Ihre Akten besteht.

Tragen Sie bitte in **Blatt 1** Ihre genaue Anschrift ein und geben Sie an, ob die Abonnementsgebühren im Rahmen des Lastschriftverfahrens (Abbuchung) eingezogen oder ob sie per Rechnung angefordert werden sollen. Das Lastschriftverfahren stellt die rationellste Lösung dar. Es spart Ihnen und uns Zeit und Kosten.

Wenn Sie sich am Lastschriftverfahren beteiligen, bitten wir Sie, auch die auf **Blatt 3** befindliche Einzugsermächtigung auszufüllen und uns zusammen mit Blatt 1 zuzuleiten. Bezieher, die das Abonnement durch einen Dritten — z. B. eine Buchhandlung oder die vorgesetzte Behörde — bezahlen lassen, bitten wir, nur das Formular „Drittzahler“ — **Blatt 5** — auszufüllen und uns zuzuleiten. Die Zahlstellen erhalten vom Verlag eine Liste, aus der die Bezieher ersichtlich sind, sowie die entsprechende Rechnung.

Bestellungen und Abbestellungen sind künftig nur noch an den Verlag zu richten.

Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen.

Bonn, im März 1978

**BUNDESANZEIGER**  
Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 43,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 2,70 DM (2,20 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,10 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.